

Gemeinden

**Was muss sich ändern, damit
Kommunen einen anderen
Stellenwert im föderalen System
erhalten?**



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Die Grundlagen ...

Gemeinden

- im vertikalen Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland bilden die Gemeinden die unterste Stufe
- sie sind organisatorischer Bestandteil der Länder oder Stadtstaat
 - sie haben nach Art. 28, 2 GG das Recht auf kommunale Selbstverwaltung,
 - sie haben Gebiets- Personal- Finanz- Planungs- und
Rechtsetzungshoheit für die Aufgaben in ihrem Wirkungskreis
sie regeln „in Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der
Gesetze in eigener Verantwortung“
- es sind territorial definierte Einheiten des politischen Systems
- kommunale Parlamente und politische Verwaltungen sind als formale politische Organe für die Ausgestaltung dieser Aufgabe zuständig
- „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“ (GG)

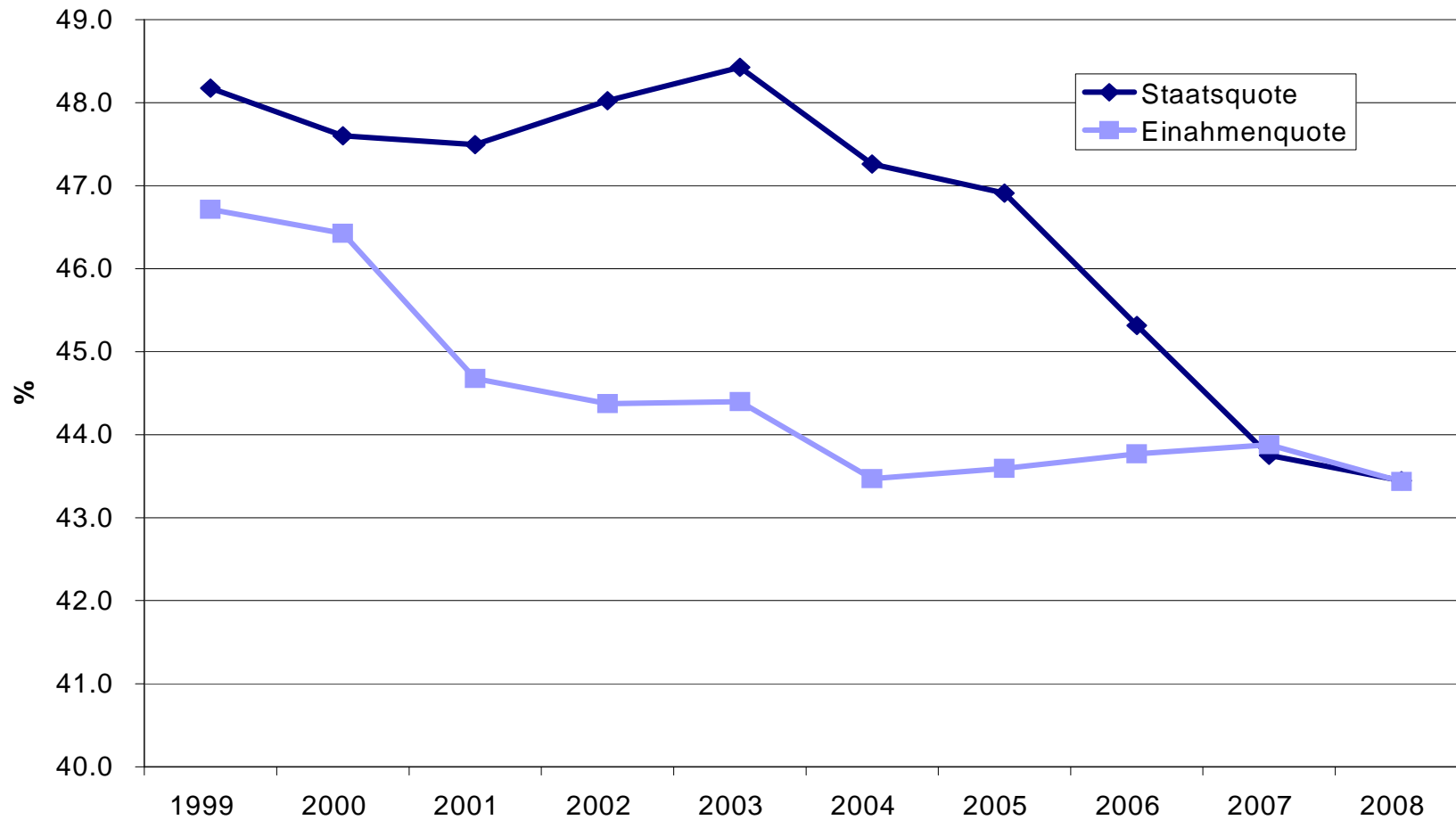
Situation in den Kommunen

Abbau statt Umbau

Gemeinden

- anhaltende Finanzkrise
- Privatisierungen und Ausgründungen
- Verelendung der öffentlichen Infrastruktur
- Public Private Partnership (PPP) - neue Dimension der „Privatisierung“
- Reduzierung des kommunalen Leistungsspektrums
(Öffnungszeiten, Schließung von Einrichtungen, Beschäftigungsabbau etc.)

Entstaatlichung: Rückgang von Staatsquote und Einnahmenquote



Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, Professor Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg, Rat der Wirtschaftsweisen

Staatliche Rahmenbedingungen

- Architektur des Stadtsystems
- Wandel kommunaler Selbstverwaltung
- Wandel kommunaler Dienstleister
- Restrukturierung städt. Steuerung

Sozioökonom. Entwicklung

- Bevölkerungsentwicklung
- Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur
- soziale Integration/ Desintegration
- kommunale Haushalte

Steuerung städtischer Modernisierung

Verwaltungs- modernisierung	Stadt- entwicklung	lokale Demokratie	Arbeits- beziehungen
--------------------------------	-----------------------	----------------------	-------------------------

Die Realität Finanzen

Gemeinden

- strukturell unterfinanzierte Kommunalhaushalte
- verfehlte Steuer- und Finanzpolitik
- Defizitspirale
 - Steuereinnahmen
 - Zuweisungen und Zuwendungen
- versteckte Verschuldung durch PPP

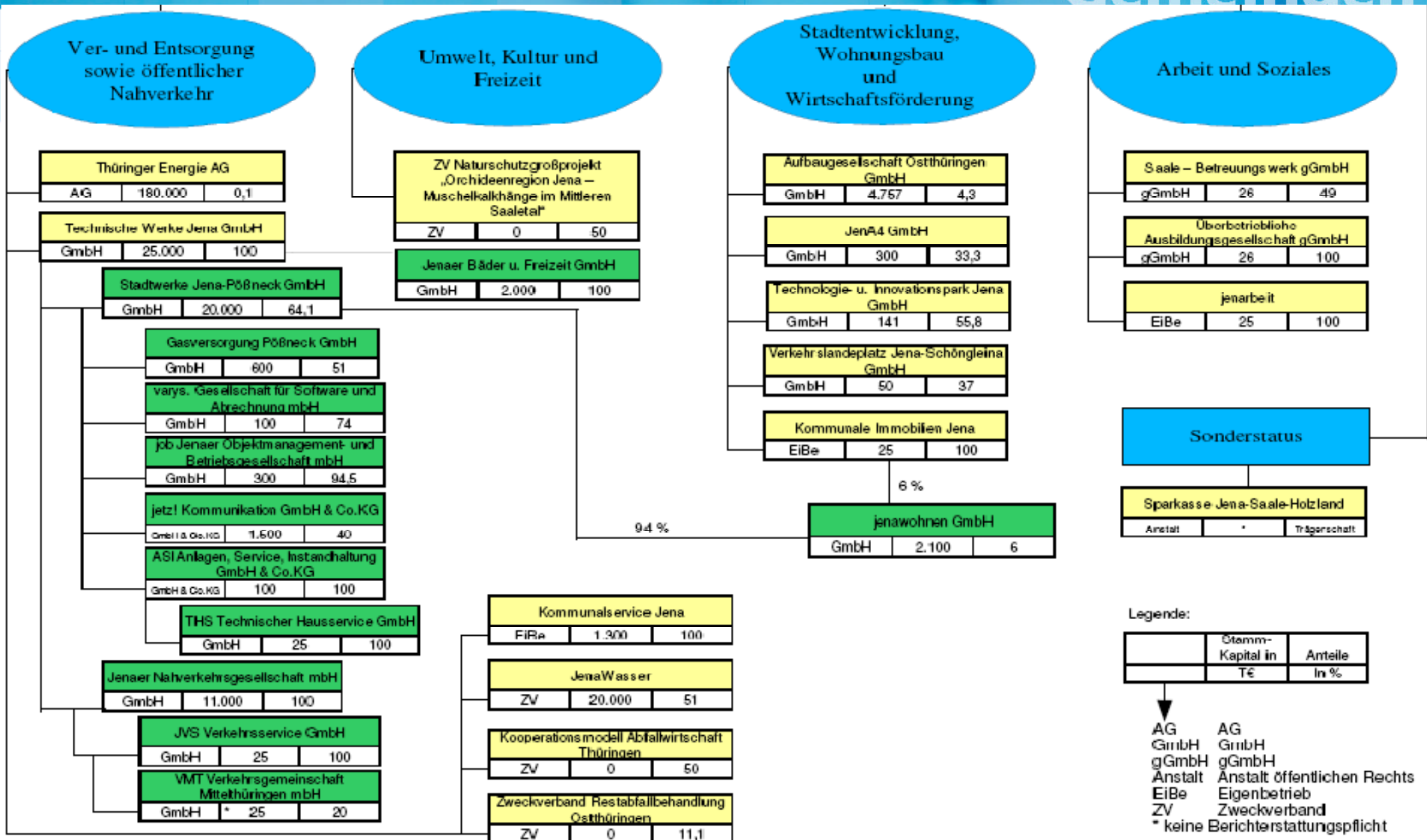


... Kommunalverfassungen (2)

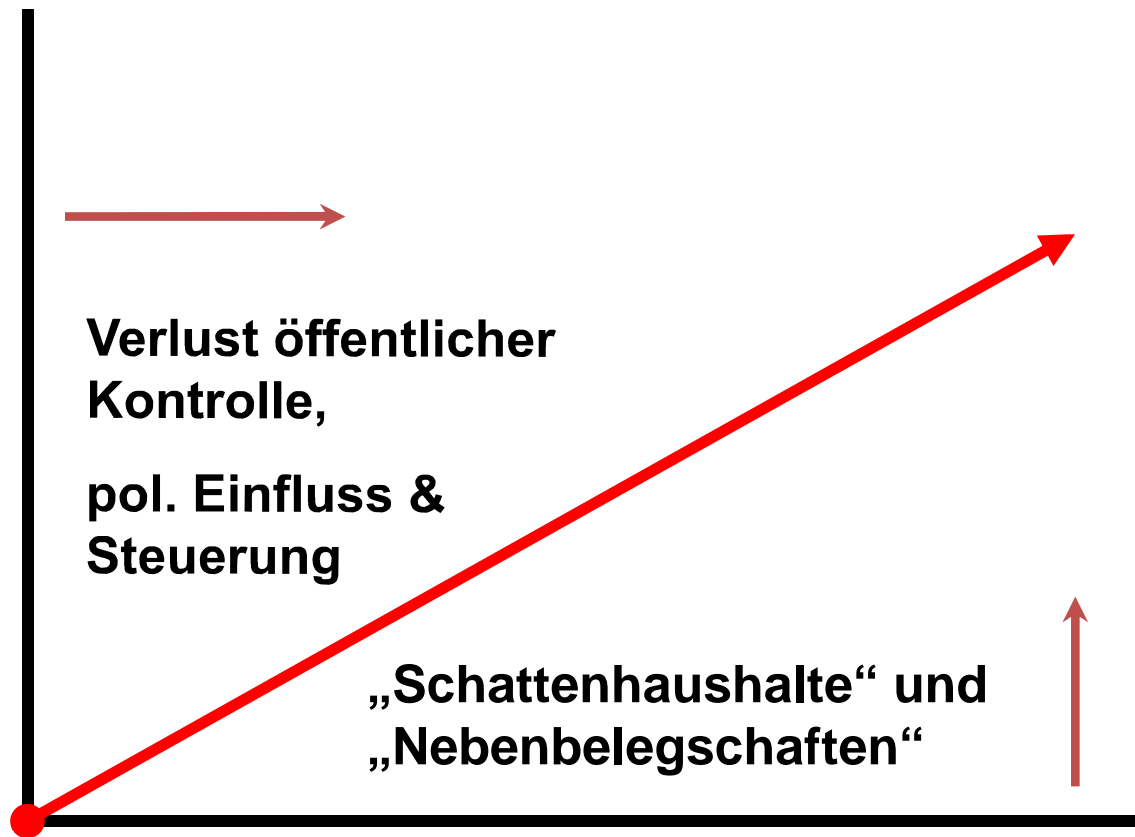
- kommunalfeindliche und privatisierungsfreundliche Änderungen der Gemeindeordnungen in Bezug auf die wirtschaftliche Betätigung in den letzten Jahren
- direktdemokratische Einflussmöglichkeiten formal gestärkt, in der politischen Praxis keine Verbesserung der Beteiligungsqualität
- Bürger-/Beteiligungshaushalte werden zunehmend eingeführt
 - derzeit nur Konsultation und keine Partizipation = symbolische Politik
 - Investitionen selten integriert
 - hohe Kosten
- Personalisierung der Stadtpolitik durch Direktwahl (OB/BM)

Atomisierung kommunaler Beteiligungen

Gemeinden



Die „ratlose“ Kommune





Strategisches Management

Gemeinden

- Steuerung kommunaler Unternehmen und Beteiligungen mit konzeptionellen und operativen Defiziten
- Beteiligungsmanagement bisher nur als Vermögensverwaltung mit fiskalischen Steuerungszielen
 - > kein politisches Controlling
 - > nicht als politische Steuerungsaufgabe
- Kontrolle und Durchsetzung des öffentlichen Interesses als Steuerungsziel deutlicher herausarbeiten

Was muss sich ändern?

Gemeinden

- **Finanzausstattung der Kommunen**
 - aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen
 - Aufhebung der strukturellen Unterfinanzierung
 - kommunalen Finanzausgleich stärken
 - Abschaffung der Schuldenbremsen bei Bund und Ländern
- **Anwendung des Konnexitätsprinzip**
 - keine weitere Kommunalisierung ohne entsprechende Finanzausstattung
- **Stärkung der kommunalen Unternehmen und verbesserte Steuerung**

Kommunale Politik gestalten!

Gemeinden

- Organisationshoheit der Kommunen wahrnehmen
 - Rechtsform, Trägerschaft
- die Kommune als Auftraggeber
 - Vergabe (z. B. Vertragsbedingungen und Laufzeiten) checken
- kooperieren statt privatisieren
 - örtliche Privatisierungsbilanzen notwendig
- Rekommunalisierungsprozesse anschieben

soziale Beschäftigungspolitik und gute Arbeit

- Personalmanagement deutlich ausbauen
- Mitgliedschaft in den kommunalen Arbeitgeberverbänden und Ausschluss von Tarifdumping (z. B. Leiharbeit, 1-€-Jobs, Bürgerarbeit)
- keine Privatisierungen und kein PPP
- aufgaben- und bedarfsgerechte Personalausstattung
- Abbau von Befristungen
- nachhaltige Beschäftigungssicherung
- Ausbildung und Übernahme
- wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Erhalt und Ausbau der Mitbestimmung

**Kooperative Stadtpolitik
und Ausbau der
lokalen und betrieblichen Demokratie
als
Chance für Bürger/innen und Beschäftigte**

Gemeinden

Danke für die Aufmerksamkeit!

www.gemeinden.verdi.de

www.oeffentlich-ist-wesentlich.de

ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

